

24**80**

Union in Deutschland

Bonn, den 2. Juli 1980

Moskau — und danach?

Bundeskanzler Schmidt ist mit Außenminister Genscher nach Moskau gereist. Über die Ergebnisse der Reise wird der Bundestag am 3. Juli debattieren. Vor zwei Jahren — im Mai 1978 — war das Staatsoberhaupt der Sowjetunion, Generalsekretär Breschnew, zu einem Staatsbesuch in Bonn. Die Ergebnisse dieser Gespräche wurden in einer gemeinsamen Erklärung veröffentlicht. Sie trägt die Unterschrift von Breschnew und Schmidt. Hierzu Helmut Kohl:

Vier Tage später unterstrich Bundeskanzler Schmidt im Bundestag nachdrücklich „das persönliche Engagement des Generalsekretärs Breschnew zur Entspannungspolitik und den Willen der Sowjetunion zur Fortsetzung der Entspannungspolitik“.

Der Bundeskanzler lieferte dazu auch die Begründung!

① Breschnew habe „gemeinsam mit uns das Prinzip der Unteilbarkeit des Friedens und der Sicherheit in allen Teilen der Welt ausdrücklich anerkannt“.

② „Es ist zum erstenmal übereinstimmend zwischen Ost und West zum Ausdruck gebracht worden, daß annähernde Gleichheit und Parität zur Gewährleistung der Verteidigung ausreichen.“

(Fortsetzung auf Seite 2)

■ ASYLRECHT

Das von der Koalition vorgelegte Sofortprogramm ist mangelhaft

Seite 5

■ ENERGIE-SICHERUNG

Auf verstärkten Ausbau der Kernenergie kann nicht verzichtet werden

Seite 7

■ KOALITION

SPD-Linke setzt sich wieder durch

Seite 9

■ BUND/LÄNDER

Griff in die Länderkasse beseitigt die Schulden des Bundes auch nicht

Seite 11

■ AGRARPOLITIK

Undifferenzierte und polemische Angriffe von SPD und FDP

Seite 12

■ EUCD-KONGRESS

Christliche Demokraten bürgen für eine Politik des Friedens in Freiheit

Seite 13

■ DRITTE WELT

Zwölf Millionen Menschen auf der Flucht vor dem Marxismus

Seite 15

■ DOKUMENTATION

Die Rolle des Schulbuchs im Unterricht

grüner Teil

■ CDU-EXTRA

Die Wahlprogramme von SPD und FDP

gelber Teil

Fortsetzung von Seite 1

③ „Zum erstenmal hat die Sowjetunion uns gegenüber die Bereitschaft bekundet, auch über Mittelstreckenraketen zu verhandeln.“

④ Im Hinblick auf die Wiener Verhandlungen (MBFR) sei auch die Sowjetunion bereit, „ihre Streitkräfte zu verringern, gemäß den ausgehandelten und vereinbarten Modalitäten“.

In meiner Antwort auf den Bundeskanzler habe ich für die CDU/CSU erklärt, daß wir bereit sind, „den sowjetischen Friedenswillen ernst zu nehmen“, daß es wichtig sei, Gespräche zu führen, „wenn sie offen und ehrlich geführt werden“, und daß es „im nationalen Interesse der Deutschen liege, sich für gutnachbarliche Beziehungen mit der Sowjetunion einzusetzen“.

Aber ich habe auch hinzugefügt, daß sich „eine nüchterne Analyse der erzielten Ergebnisse nicht nur auf die Reden, Gespräche und unterzeichneten Dokumente“ beschränken darf, sondern die sowjetischen Ziele, Absichten und Taten einbeziehen müsse.

Ich habe schon damals 1978 auf ein Ereignis hingewiesen, das den Widerspruch zwischen den sowjetischen Erklärungen und Taten verdeutlichte. Ich sagte im Bundestag:

„Wir haben in diesen Tagen den blutigen Umsturz und die kommunistische Machtübernahme in Afghanistan erlebt. Sie fielen zeitlich mit diesem Besuch Breschnews zusammen. Es ist ein trauriges Zeichen für den Zustand der öffentlichen Meinung bei uns im Westen, daß dieses Ereignis in Afghanistan nahezu ohne öffentliche Reaktion blieb.“

Zwei Jahre später folgte die sowjetische Besetzung von Afghanistan.

Frieden und Sicherheit sind für die

Sowjetunion nach wie vor teilbar. Moskau setzte die Aufrüstung insbesondere mit Mittelstreckenraketen fort — ohne Rücksicht auf das Gleichgewicht in Europa.

Bis heute hat die sowjetische Führung das Verhandlungsangebot der NATO über Mittelstreckenraketen in Europa strikt abgelehnt und die westlichen Vorschläge in Wien zurückgewiesen.

Der Bundeskanzler und sein Außenminister sind jetzt nach Moskau gereist. Können wir uns nach allem, was in den zwei Jahren seit Breschnews Besuch in Bonn geschehen ist, mit einer Bekräftigung der gemeinsamen Erklärung vom Mai 1978 zufriedengeben, wie dies Herr Wehner bereits angekündigt hat?

Die CDU/CSU erwartet keine neue gemeinsame Erklärung. Die CDU/CSU fordert konkrete Schritte, die endlich zu einer Einlösung der sowjetischen Versprechungen führen. Generalsekretär Breschnew muß beim Wort genommen werden — in allen Fragen: Afghanistan und Iran, Abrüstung und Rüstungskontrolle, Entspannung und Menschenrechte. Die Reise des Bundeskanzlers bleibt für uns alle ohne Wert, wenn sie wieder einmal nur zu vielen Worten führt. Dann hat sie der Sowjetunion genutzt, aber dem Westen geschadet.

Grüne haben sich im Norden gespalten

Die vor zwei Jahren gegründete „Grüne Liste“ Schleswig-Holstein hat sich von der Bundespartei „Die Grünen“ getrennt. Ein Delegiertenkongreß in Bad Bramstedt beschloß mit großer Mehrheit eine Resolution, in der die Grünen als „linksozialistische Partei“ kritisiert werden, die ihre Wähler links von der SPD, aber nicht bei dem grünen Wählerpotential der Mitte suche.

■ INFORMATION

Antrag der Union zur Existenzgründung abgelehnt

SPD und FDP haben im Bundestag den Antrag der CDU/CSU zur Förderung des Existenzsparens — steuerfreies Ansparen von fünf mal 5000 Mark Eigenkapital in zehn Jahren als Startkapital zum Selbständigwerden — abgelehnt. Die Koalition hat es damit erneut versäumt, ein wichtiges Teilstück zur Korrektur in der Wirtschaftspolitik mitzumachen, stellte MdB Elmar Pieroth, Vorsitzender des Bundesfachausschusses Wirtschaftspolitik der CDU, fest.

Insbesondere die FDP hat erneut bewiesen, daß sie Unabhängigkeit nur bei bestimmten Wahlkampfmanövern in der Öffentlichkeit, nicht aber bei der konstruktiven Sacharbeit im Bundestag demonstrieren kann. Die FDP ist immer nur fähig zu bremsen, aber nicht zum Gasgeben, selbst wenn es um eine so wichtige Sache wie die Stärkung der Selbständigkeit geht. Das Problem der Existenzgründungsförderung ist nach wie vor ungelöst. Trotz zahlreicher Förderprogramme scheitern noch immer 44 Prozent der Existenzgründungen in den ersten vier Jahren, vor allem aus Gründen des Eigenkapitalmangels. Diesem Grundfehler will der Antrag der CDU/CSU abhelfen. Es hat sich gezeigt, daß knapp 50 Prozent aller Gründer zusätzliches Startkapital von unter 30 000 Mark benötigen. Hierfür ist das Modell der CDU/CSU das geeignete Hilfsmittel.

Die CDU/CSU wird die Idee des Existenzsparens unbeirrt weiterverfolgen. Dies ist um so wichtiger, als das sogenannte Eigenkapitalhilfeprogramm der

Bundesregierung offenkundig gescheitert ist. Denn pro Jahr werden 7 600 Fälle weniger gefördert, als die Bundesregierung es angekündigt hat. Demgegenüber ist das Existenzsparen ein breitwirkender, dauerhafter Anreiz und damit eine Investition in die Zukunft.

Rentenversicherung noch längst nicht gesichert

Zu den Beratungen des Renten Anpassungsberichtes 1979 und 1980 im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung erklärte der Vorsitzende des Arbeitskreises IV — Sozial- und Gesellschaftspolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, MdB Heinz Franke: Die Politik der „Schönfärberei“ und der „Bagatellisierung“ der Zukunftsprobleme der gesetzlichen Rentenversicherung durch die Bundesregierung wurde durch gezielte Fragen der Opposition zu den Renten Anpassungsberichten 1979 und 1980 und den langfristigen Voraussetzungen in Frage gestellt.

Die Regierungsparteien mußten zugeben, daß trotz einer gewissen Verbesserung der Rentenfinanzen in den nächsten Jahren die langfristige Finanzierung der Rentenversicherung nicht gesichert ist.

Die Vorausschätzungen, von der Bundesregierung leicht geschönt, enthalten erhebliche Risiken, die nicht einfach verschwiegen werden sollten. Ein erhebliches Risiko liegt in der Annahme über die durchschnittliche Lohnsteigerung in den nächsten Jahren, den Annahmen über die Höhe der Arbeitslosigkeit und vor allem in der demographischen Entwicklung. Die demographische Entwicklung, d. h. die sinkende Geburtenrate, allein bewirkt, daß selbst bei günstigen Annahmen ab 1990 ein Abbau der Reserven und damit eine

neue krisenhafte Entwicklung der Rentenfinanzen wahrscheinlich ist.

Strauß-Kritik an Russenbutter voll berechtigt

Zu der Einlassung von Bundeslandwirtschaftsminister Ertl gegenüber dem Strauß-Brief zum Buttergeschäft mit den Sowjets erklärt der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Ernährung und Landwirtschaft, Ignaz Kiechle (CDU): Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat die merkwürdigen „Russenbuttergeschäfte“ früherer Jahre bereits häufiger kritisiert. Sie vermag nicht einzusehen, daß die Ausfuhr von Butter aus der EG in die Sowjetunion in unangemessenem hohem Maße subventioniert wird. Die Kritik von Franz Josef Strauß an den neuen Billig-Butterlieferungen in die UdSSR ist berechtigt. Zwischenzeitlich hat sich sogar herausgestellt, daß das Ausmaß der Lieferungen nicht nur 20 000 Tonnen, sondern 70 000 Tonnen betragen soll.

Mit der Lieferung dieser hoch subventionierten Butter wird die Sowjetunion als Aggressor in Afghanistan noch unterstützt. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß es besser sei, einkommensschwachen Bevölkerungskreisen in der EG Butter billig zur Verfügung zu stellen, anstatt sie an die Sowjetunion zu verschleudern.

Elmar Pieroth übernimmt Ausschuß für Wirtschaft

Als Nachfolger von Kurt Biedenkopf soll Elmar Pieroth zum Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Bundestages für den Rest der Legislaturperiode gewählt werden. Pieroth (45) gehört seit 1969 dem Deutschen Bundestag an.

Ulrich Zimmermann

geliebt
verkannt
und doch
geachtet

Franz Josef Strauß
der Mensch, der Politiker,
der Staatsmann
von A-Z
R. S. Schulz

Dieses Buch — im Alphabet nach Stichworten angelegt — will helfen, Vorurteile abzubauen, die Tatbestände zu objektivieren, die Gründe für die Anti-Strauß-Kampagnen darzulegen und die politische Szene zu entgiften. Es ist hervorragend für die Wahlkampfarbeit geeignet. Alle Funktions- und Mandatsträger der Partei, die regelmäßig den UiD erhalten, und auch alle Wahlhelfer, die von den Kreisverbänden für den UiD-Bezug bis zum Wahltag zusätzlich gemeldet wurden, haben in diesen Tagen drei Exemplare dieses Buches von der CDU-Bundesgeschäftsstelle zugesandt erhalten. Leider war es wegen der Portokosten nicht möglich, der Buchsendung ein Begleitschreiben beizulegen, deshalb auf diesem Wege unsere dringende Bitte: Geben Sie zwei der Exemplare an Parteifreunde weiter, die es nicht erhalten haben, vor allem an Parteifreunde, die im Wahlkampf aktiv mithelfen.

Verlag R. S. Schulz, Percha. Einzelpreis im Buchhandel 5,80 DM.

■ ASYLRECHT

Das von der Koalition vorgelegte Sofortprogramm ist mangelhaft

Im Innenausschuß haben SPD und FDP in einem Parforceritt sondersgleichen den Gesetzesantrag der CDU/CSU vom 16. November 1979 zum Asylverfahren abgelehnt. Statt dessen haben sie eine Initiative der Koalition zum Asylverfahren vom 18. Juni 1980, die völlig unzulänglich ist, mit der heißen Nadel genäht und ein unsystematisches Flickwerk ist, durchgepeitscht. Diese Entscheidung ist bedauerlich. Sie hat deutlich gemacht, daß es der Koalition nicht um den Schutz des Asylrechts geht, sondern ausschließlich um wahlkampfaktische Augenwischerei.

Die Koalitionsvorschl ge werden nichts bringen. Sie werden mit Sicherheit das Verfahren nicht wesentlich abkürzen. Damit werden die Wirtschaftsflüchtlinge wie bisher durch Ausnutzung aller Instanzen bis zu acht Jahre in unserem Land bleiben können. Die wenigen und d rfiligen Regelungen sind außerdem problematisch.

Zu den Gesetzesvorschlägen, die die Union in den Ausschüssen und im Plenum des Deutschen Bundestages zum Asylverfahren vorlegen wird, und zu dem unzulänglichen Gesetzentwurf der Koalition erklären der Vorsitzende des Arbeitskreises Innen- und Rechtspolitik, Benno Erhard (CDU), der Obmann der Union im Rechtsausschuß, Hans Hugo Klein (CDU), und der Obmann der

CDU/CSU im Innenausschuß, Carl-Dietter Spranger (CSU): Die von der Bundesregierung und SPD/FDP jetzt vorgelegten Vorschläge sind unausgewogen, in der Hast formuliert und rechtsstaatlich bedenklich:

— Sie sind ineffektiv, denn sie führen nicht zu einer Abkürzung des bis zu acht Jahren dauernden Asylanerkennungsverfahrens. Es wird weder der überlange Instanzenweg abgekürzt, noch wird die Möglichkeit eröffnet, in rechtsmi br uchlichen oder offensichtlich unbegründeten F llen ein schnelleres Verfahren durchzuführen.

— Die von der Koalition vorgeschlagenen Einschränkungen, wie Versagung der Arbeitserlaubnis, Sozialhilfe als Sachleistung, Wegfall des Kindergeldes, zielen zwar in die richtige Richtung, denn es soll ein Anreiz für Wirtschaftsflüchtlinge entfallen. Der Vorschlag in dieser Form ist jedoch zutiefst inhuman. Die Koalition nimmt es in Kauf, daß dieser Zustand, der nur über einen absehbaren Zeitraum erträglich ist, bis zu acht Jahren dauert, da sie keine Vorschläge zur Abkürzung des Verfahrens macht.

— Die Vorschläge von SPD und FDP sind auch rechtsstaatlich bedenklich. Beispielsweise will die Koalition, daß künftig über die schwierigen Asylanerkennungsantr ge, bei denen die politische Situation und die Motive des Antragstellers gewürdigt werden müssen,

von einem Einzelbeamten des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zirndorf entschieden wird, der über keinerlei Qualifikationen verfügen muß. Nach dem Koalitionsvorschlag könnte der Pförtner oder die Putzhilfe die Entscheidung treffen.

— Die Länder und die Gemeinden haben schon jetzt die Hauptlast der Kosten und der Unterbringung zu tragen. SPD und FDP wollen sie künftig noch mehr belasten. Wegen des Wegfalls des Kindergeldes und der Versagung der Arbeitserlaubnis muß höhere Sozialhilfe gezahlt werden. Diese ist von den Gemeinden aufzubringen.

Vorschläge der Union zum Asylverfahren

Die Union hat bereits am 16. November 1979 einen Gesetzentwurf vorgelegt. Er wird durch zwei Ergänzungsanträge, die jetzt im Deutschen Bundestag eingebracht werden, erweitert.

— Durch den Wegfall des Berufungsverfahrens und durch ein abgekürztes Verfahren bei offensichtlich unbegründeten Anträgen wird eine Verkürzung um mehrere Jahre erreicht. Die Vorschläge sind rechtsstaatlich einwandfrei. Dem Asylbewerber wird in jedem Fall mindestens eine Tatsacheninstanz vor dem Verwaltungsgericht garantiert. Seine Position wird sogar verbessert, weil künftig ein Grenzgericht bei offensichtlich unbeachtlichen Anträgen angerufen werden kann. Nach den jetzt geltenden Allgemeinen Verwaltungsvorschriften ist eine Zurückweisung auch ohne gerichtliche Nachprüfung möglich.

— Die Union ist auch für die Versagung der Arbeitserlaubnis und die Gewährung von Sozialhilfe als Sachleistung. Diese Maßnahmen können jedoch verantwortet werden, weil nach

den Unionsvorschlägen das Verfahren wesentlich abgekürzt und damit die menschliche Situation der Asylbewerber verbessert wird.

Die CDU/CSU fordert die Durchführung dieser Maßnahmen im Zusammenhang mit der Unterbringung in Sammelunterkünften, die nach dem Ausländergesetz ohnehin vorgeschrieben ist. Dadurch wird im Gegensatz zum Koalitionsvorschlag vermieden, daß die Ausländer in die Illegalität und die Schwarzarbeit gedrängt werden.

— Durch flankierende Maßnahmen, wie Bestrafung des Schlepperunwesens und verstärkte humanitäre Hilfe in den Ursprungsländern, soll darauf hingewirkt werden, daß der Zustrom der Wirtschaftsflüchtlinge bereits an Ort und Stelle unterbunden wird.

Die Koalition hat angekündigt, daß sie nach der Sommerpause neue Vorschläge zum Asylverfahren vorlegen wird. Sie gibt damit selber zu, daß ihre Vorschläge nur Stückwerk sind. Die Union ist der Auffassung, daß diese Verschleppungstaktik nicht mehr hingenommen werden kann. Geeignete Maßnahmen sind bereits seit langem gefordert worden (z. B. Vorschläge der Ad-hoc-Arbeitsgruppe der Innenministerkonferenz im Februar 1979; jetzt vorliegender Maßnahmenkatalog der Bundesländer-Arbeitsgruppe „Asylrecht“).

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird sich deshalb bei der Debatte im Deutschen Bundestag zum Asylverfahren mit allem Nachdruck dafür einsetzen, daß jetzt wirksame Regelungen getroffen werden. Anderenfalls droht die Katastrophe. Scheinlösungen und wahlkampfaktische Schaugefechte, wie sie von der Koalition in unverantwortlicher Weise präsentiert werden, können nicht mehr länger hingenommen werden.

■ ENERGIESICHERUNG

Auf Ausbau der Kernenergie kann nicht verzichtet werden

Der Abschlußbericht der Enquete-Kommission über die zukünftige Energiepolitik in der Bundesrepublik Deutschland hat nichts ergeben, weswegen ein Ausstieg aus der Kernenergie wünschenswert oder gar notwendig wäre, erklärten auf einer Pressekonferenz in Bonn die drei der Union angehörenden Abgeordneten Lutz Stevenhagen, Ludwig Gerstein und Paul Gerlach.

Die Unions-Abgeordneten stellten fest: Unsere Position ist zumindest teilweise in die Mehrheitsbeschlüsse eingeflossen. Wegen fehlender Klarheit der Aussage und der Gefahr von Mißdeutungen haben wir unsere eindeutigen Empfehlungen und Aussagen als Minderheitsvoten in den Bericht aufnehmen lassen.

Die Beschlüsse des Weltwirtschaftsgipfels von Venedig bestätigen unsere Position in vollem Umfang und zeigen schon jetzt, daß die Realitäten rasch über das Mehrheitsvotum hinweggehen werden.

Im Kommissionsbericht werden vier Pfade alternativer zukünftiger Energiepolitik dargestellt. Diese Pfade verstehen wir nicht als Energieprognosen, sondern als den Versuch, die in öffentlicher Diskussion vorkommenden Positionen zu quantifizieren.

Wichtig ist, daß bei den Pfaden ohne Kernenergie ein Wachstum der

Grundstoffindustrie nicht mehr möglich ist. Das Sparen wird als sehr stark bis extrem eingestuft, wofür nach Aussage seiner Befürworter selbst der dirigistische Sparkatalog nicht ausreicht.

Außerdem muß der Einsatz regenerativer Energiequellen bis zum Jahr 2000 wenigstens verfünffacht und danach verzehnfacht werden, was wir für unrealistisch halten.

Denkmodell der Kommissionsmehrheit und unsere Thesen

Die Empfehlungen und Vorschläge der Mehrheit der Kommission gehen von einem Denkmodell — Kernenergie I und Kernenergie II — aus, in dem unterstellt wird, daß in einer Phase bis 1990 sowohl der endgültige Übergang zur Kernenergie als auch der langfristige Verzicht auf Kernenergie offengehalten werden solle und es bis dahin nur erforderlich sei, die nukleare Option industriepolitisch zu erhalten. Kernenergieeinsatz bis 1990 — Kernenergie I — bedeutet, daß für einen solchen Fall der Einsatz schneller Brüter sowie die Wiederaufarbeitung nicht notwendig sind.

Kernenergie II soll den Zeitraum nach 1990 beschreiben, in dem ein starker und endgültiger Ausbau der Kernenergie sich als notwendig erweist oder der Verzicht auf Kernenergie erfolgen kann. Dieses Denkmodell ist als solide Grund-

lage für die jetzt und in den nächsten Jahren erforderlichen Entscheidungen nicht brauchbar. Unsere Anstrengungen müssen bevorzugt darauf gerichtet sein, alle Voraussetzungen für die langfristige Nutzung der Kernenergie in steigendem Umfang zu schaffen. Die Versuche, Kernenergie nur auf Zeit zu nutzen und den Ausstieg aus der Kernenergie vorzubereiten, werden Energiemangel, hohe Energiepreise und den Energiesparstaat zur Folge haben und damit den Ausstieg aus der Sozialen Marktwirtschaft bewirken.

Deshalb lauten unsere Thesen:

- a) Energiepolitik muß auf ein ausreichendes Angebot an Energie, das am oberen Rand der Bedarfserwartungen orientiert ist, ausgerichtet sein.
- b) Keine der uns zur Verfügung stehenden Energiequellen darf ausgeschlossen, noch dürfen Sparmöglichkeiten außer acht gelassen werden.
- c) Es müssen weitere Kernkraftwerke zugebaut werden, entsprechend dem Bedarf bis 1990 jährlich etwa zwei Leichtwasserreaktoren.
- d) Die Entsorgung mit Wiederaufarbeitung ist einer politischen Lösung zuzuführen. Deshalb muß eine im Vergleich zu Gorleben entsprechend kleinere Anlage, die zur industriellen Wiederaufarbeitung geeignet ist, zügig realisiert werden.
- e) Die Frage der kommerziellen Brütternutzung stellt sich noch nicht. Um diese Frage aber später entscheiden zu können, muß der SNR-300 in Kalkar zügig fertiggestellt und der Demonstrationsbetrieb aufgenommen werden.
- f) Alle energiepolitischen Maßnahmen müssen auf die Verringerung der Abhängigkeit vom Öl gerichtet sein.

Bewertung der Kommissions- ergebnisse

Als Erfolg unserer Arbeit werten wir folgende Feststellungen der Kommissionsmehrheit:

Die nukleare Option ist versorgungs- und industriepolitisch zu erhalten. Dies bedeutet, daß über die vorhandenen Kernkraftwerke neue Kraftwerke im Rahmen des Bedarfs zugebaut werden.

Die notwendige Wiederaufbereitungsanlage soll geplant, genehmigungsrechtlich geprüft und bei positivem Prüfungsergebnis verwirklicht werden.

Die Entwicklung der Brutreakorttechnologie wird forschungspolitisch akzeptiert.

Probleme sehen wir in folgenden Bereichen der Kommissionsarbeit:

Eine nukleare Option reicht nicht aus. Die der Kommission vorliegenden Angaben über die Entwicklung des Energieverbrauchs in der Bundesrepublik Deutschland und in der Welt, über die aufgrund der politischen Entwicklung anhaltend erschwerte Energieversorgung, über die Notwendigkeit einer konsequenten Politik „weg vom Öl“ sowie die ständig steigenden Preise für Primärenergie haben unsere Meinung bestätigt, daß auf den verstärkten Ausbau der Kernenergie nicht verzichtet werden kann.

Die Vorlage zur Energieeinsparung, die in der Kommission eine Mehrheit von 11 zu 4 Stimmen gefunden hat, enthält nach unserer Auffassung eine Fülle von dirigistischen, nicht marktkonformen Maßnahmen, deren Durchsetzung erhebliche Kontrollen und Überwachung durch den Staat erfordern. Wir setzen uns für ein marktgerechtes Sparen ein, das staatlich gefördert und abgestützt werden muß.

■ KOALITION

SPD-Linke setzt sich wieder durch

Zu der Abstimmungsniederlage der Fraktionsführung der SPD in der Frage der Neuregelung des Rechts der Kriegsdienstverweigerung und des Zivildienstes (Kriegsdienstverweigerungs-Neuordnungsgesetz) stellt der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Paul Röhner folgendes fest: Der unter dem Namen Moskau-Fraktion bekanntgewordene bundeswehrfeindliche Flügel der SPD hat wieder einmal seine Stärke gezeigt und in einer Kampfabstimmung die Oberhand gewonnen.

Mit 64 gegen 63 Stimmen erzwang er die Absetzung des Gesetzentwurfs der Koalition von der Tagesordnung. Der Grund liegt eindeutig darin, daß den Linken die Wehrdienstverweigerung nicht bequem genug gemacht wird und nicht etwa, wie zur Irreführung der Öffentlichkeit hinterher ausgestreut wurde, um mit der CDU/CSU zu verhandeln.

Das ist erneut eine schwere Niederlage des Bundeskanzlers Schmidt. Es ist nach der Olympia-Abstimmung vom 23. April 1980 und nach der Abstimmung über die Türkeihilfe am 19. Juni 1980 jetzt der dritte Fall in diesem Jahr, daß in einer wichtigen Frage ein bedeutender Teil bzw. die Mehrheit der SPD-Fraktion der Bundesregierung in den Rücken fällt. Schmidt ist ein Feldherr, dem die Truppen von den Fahnen laufen.

Der Steuerbetrug wird immer deutlicher

Zu den Plänen der Bundesregierung, zu der nächsten Legislaturperiode einen Gesetzentwurf zum Einbau der Kfz-Steuer in die Mineralölsteuer vorzulegen, erklärt der Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Finanzausschuß des Deutschen Bundestages, MdB Reinhold Kreile: Die Bundesregierung zieht langsam Schleier nach Schleier von ihren offenbar bereits komplett ausgearbeiteten Steuererhöhungsplänen weg.

Nach der Branntweinsteuer, der Tabaksteuer, der Mineralölsteuer zunächst um drei Pfennig je Liter, der Mehrwertsteuer (deren Erhöhung der Bundeswirtschaftsminister nur für das Jahr 1981 ausgeschlossen hat) nun also nochmals die Mineralölsteuer um 14 Pfennig. Dazu kommt dann noch die Mehrwertsteuer auf die Mineralölsteuer, so daß die Mehrbelastung aus der Erhöhung nicht 14 Pfennig, sondern 16 Pfennig ausmacht.

Die Umlegung der Kfz-Steuer auf die Mineralölsteuer wird seit Jahren immer wieder diskutiert. Die Gründe, die dagegen sprechen, nämlich die Benachteiligung der Autofahrer in den Flächenstaaten, die Benachteiligung der Pendler mit ihren weiten Anfahrtswegen, die verkehrspolitisch unerwünschte Begünstigung derer, die wenig und nur zu den Spitzenzeiten fahren, wiegen weit schwerer als der ohnehin zweifelhafte Vereinfachungseffekt, den sich die Bundesregierung verspricht, der aber wirklicher durch das von der CDU/CSU angestrebte, in den Nachbarländern bewährte einfache Plakettenverfahren zu erzielen wäre.

Doch der Bundesregierung geht es hier gar nicht in erster Linie um Vereinfachung.

chung. Hauptzweck des neuerlichen Vorstoßes ist vielmehr, in dem Streit mit den Ländern um die Steuerverteilung, bei dem diese die Zeche für die leichtfertige Ausgaben- und Verschuldungswirtschaft des Bundes zahlen sollen, eine bessere Ausgangsposition zu bekommen.

Wo bleibt das Finanztableau der SPD?

Zu den Äußerungen von Bundesfinanzminister Matthöfer über das von der Union vorgelegte Finanztableau (siehe UfD 23/80) erklärt Generalsekretär Heiner Geißler: Die Vorlage des Finanztableaus, mit dem die Union als einzige Partei für die Bundestagswahl 1980 den Nachweis der Finanzierbarkeit ihres Wahlprogramms liefert, hat in den Reihen der SPD unterschiedliche Stellungnahmen ausgelöst. Während Bundesfinanzminister Matthöfer behauptet, das Finanztableau zum Wahlprogramm der Union beruhe auf „unrealistischen Annahmen“, bestätigt SPD-MdB Westphal die Seriosität der dem Wahlprogramm der Union zugrunde gelegten Daten. Offenbar kennt Herr Matthöfer seine eigene Finanzplanung nicht. Die Union fordert die SPD auf, nunmehr ihrerseits einen Finanzplan für ihr Wahlprogramm vorzulegen. Dies hat die SPD im Unterschied zur Union bisher leider versummt.

Koschnick hat die Bürgerschaft erneut getäuscht

Bremens Bürgermeister Hans Koschnick (SPD) hat in der Affäre um die blutigen Krawalle am 6. Mai dieses Jahres vor dem Weserstadion (mehr als 250 Verletzte) zum zweitenmal die Öffentlichkeit getäuscht. Zunächst hat er das feierliche Gelöbnis im Bundestag

als angemessene Zeremonie verteidigt, es wenig später dann aber in Bremen als vordemokratisch bezeichnet. In der vergangenen Woche nun präsentiert der von Linken kontrollierte Regierungschef einen auf schön frisierten Untersuchungsbericht des im März beauftragten früheren FDP-Justizsenators Dr. Ulrich Graf, in dem er den neunseitigen Bericht von der Senatspressestelle auf drei Seiten verstümmeln ließ, in denen dem Senat kaum Fehler angelastet wurden. Erst der „Weser-Kurier“ korrigierte einen Tag später das manipulierte Falschbild und nannte die Schuldigen schonungslos beim Namen. Danach sind für die Krawalle entscheidend mitverantwortlich: Bremens Innensenator Helmut Fröhlich (SPD) und Bürgermeister Koschnick selbst, weil er unter anderem wichtige Informationen nicht weitergegeben hat. In jedem anderen Bundesland wären wohl längst die Konsequenzen solch blamabler politischer Führung gezogen worden. In Bremen jedoch verkauft man lieber manipulierte Meldungen und führt gutgläubige Journalisten hinters Licht, stellte Bernd Neumann, Vorsitzender der CDU Bremen, fest.

SPD droht Freiburger OB mit Parteiausschluß

Zu erheblichen Differenzen führten in der Freiburger SPD die Auseinandersetzungen um die Polizeiaktion gegen Hausbesetzer. Wie der Pressesprecher der SPD-Gemeinderatsfraktion erklärte, gibt es sogar Bestrebungen, Oberbürgermeister Eugen Keidel und Bürgermeister Berthold Kiefer aus der Partei auszuschließen. Keidel und Kiefer hatten sich ausdrücklich zu dem Polizeieinsatz bekannt, mit dem vor knapp drei Wochen fünf besetzte Häuser geräumt wurden.

■ BUND/LÄNDER

Griff in die Länderkassen beseitigt die Schulden des Bundes auch nicht

In Hamburg fand eine Konferenz der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden aus Bund und Ländern statt. Zur Auseinandersetzung um die Verteilung des Steueraufkommens wurde folgende Stellungnahme abgegeben:

1. Die Fraktionsvorsitzendenkonferenz weist den versuchten Griff des Bundeskanzlers in die Kasse der Länder zurück. Die Alternative des Bundes, Verbraucherkosten zu erhöhen oder durch einen Griff in die Kasse der Länder die Mittel für die Schulen, die innere Sicherheit und den sozialen Wohnungsbau zu kürzen, geht zu Lasten der Bürger unseres Landes.

2. Es besteht die Sorge, daß die Länder ihre im Grundgesetz zugewiesenen Aufgaben nicht mehr erfüllen können.

3. Die Fraktionsvorsitzendenkonferenz tritt dafür ein, daß kostenwirksame Gesetze so lange ausgesetzt werden, bis die Finanzaufteilung zwischen Bund und Ländern geklärt ist.

4. Die Zeit ist reif, Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern zu überprüfen. Wenn der Bund seine Aufgaben nicht erfüllen kann, dann darf die Lösung nicht darin liegen, daß er in die Kasse der Länder greift, sondern der Bund sollte dann den Ländern die Aufgaben zurückgeben, die er nicht mehr finanzieren kann. Ein Abbau der Gemeinschaftsaufgaben und der Mischfi-

nanzierungen muß Hand in Hand gehen mit einer Neuordnung des horizontalen Finanzausgleichs.

5. Die Fraktionsvorsitzendenkonferenz weist den rüden Ton zurück, den einige Politiker der Regierungsparteien in der letzten Zeit gegenüber den Unionsparteien angeschlagen haben; sie wehrt sich insbesondere gegen den Vorwurf der „Reformunwilligkeit“ und des „sozialen Abbaus“.

Gegen die Einführung eines kommunalen Wahlrechts für Ausländer

Das Grundgesetz in seiner geltenden Fassung läßt es nicht zu, Ausländern durch Änderung der Kommunalwahlgesetze das Wahlrecht zu kommunalen Beschlußgremien zu verleihen.

Die Fraktionsvorsitzendenkonferenz spricht sich für die beratende Mitwirkung von gewählten Ausländervertretern in kommunalen Gremien aus. Ihre Beteiligung an der politischen Willensbildung ist dann geboten, wenn in der Gemeinde Fragen, die die Ausländer unmittelbar berühren, zur Entscheidung anstehen.

Sie lehnt jedoch die Einführung eines kommunalen Wahlrechts für Ausländer ab. Für Ausländer sollten nach einer angemessenen Aufenthaltsdauer in der Bundesrepublik Deutschland erleichterte Einbürgerungsvoraussetzungen geschaffen werden.

■ AGRARPOLITIK

Undifferenzierte und polemische Angriffe von SPD und FDP

Die Bundesregierung, SPD und FDP haben durch eine undifferenzierte und polemische Argumentation die europäische Agrarpolitik ins Zwielficht gebracht, erklärt der stellv. Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, MdB Burkhard Ritz.

Zu Unrecht wird von SPD und FDP die sicherlich schwierige Thematik der europäischen Agrarpolitik auf den Begriff Überschüsse reduziert. Eine derartige Betrachtungsweise wird den tatsächlichen Verhältnissen nicht gerecht.

Strukturelle Überschußprobleme am europäischen Agrarmarkt gibt es bei Milch und Milchprodukten. Sonst nicht. Es ist böswillige Polemik, wenn z. B. Staatsminister von Dohnanyi jüngst behauptet, daß die Überschüsse bei Getreide und Zucker beseitigt werden müßten. Die Europäische Gemeinschaft ist die größte „Einfuhrregion“ in der Welt für Getreide und Futtermittel. Bei Zucker werden die europäischen Verbraucher durch die EG-Marktordnungen gerade jetzt vor hohen Weltmarktpreisen und Knappheit bewahrt.

Wenn es aus dem Lager der Bundesregierung jetzt tönt, daß die europäische Agrarpolitik „unsinnig“ sei, so schlägt dies auf die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien selbst zurück. Wer führt denn eigentlich seit über zehn Jahren die Verhandlungen in Brüssel?

Die Bundesregierung ist ohne vernünftiges Konzept zur Lösung der agrarpolitischen Fragen. Die CDU/CSU hat hingegen dargelegt, wie z. B. das Milchmarktproblem ohne Einkommenseinbußen für die Bauern bewältigt werden kann.

Der europäische Agrarmarkt mit seinem zwischen den Mitgliedstaaten vereinbarten Agrarmarktsystem ist eine der entscheidenden Geschäftsgrundlagen des europäischen Einigungswerkes. Wer daran Hand anzulegen versucht, wie SPD und FDP dies tun, stellt nicht nur die europäische Agrarpolitik, sondern die EG insgesamt mit ihren großen Vorteilen für die industrielle Wirtschaft in Frage.

Eine der tieferen Ursachen, warum SPD und FDP die gemeinsame Agrarpolitik angreifen, ist folgende: Mit großem Beifall ist beschlossen worden, die Länder Griechenland, Spanien und Portugal in die EG aufzunehmen. Alle Kenner der Sachverhalte wissen, daß der Beitritt dieser Länder Geld, viel Geld kosten wird. Problembereiche sind z. B. der europäische Arbeitsmarkt und die Agrarpolitik.

Da die Bundesregierung durch eine überzogene Schuldenpolitik praktisch zahlungsunfähig ist, versuchen Bundesregierung, SPD und FDP sich die erforderlichen Finanzmittel aus dem EG-Agrarsektor zu holen. Diese Zusammenhänge werden aber bewußt verschwiegen.

Ein besonders unrühmliches Kapitel für die Bundesregierung ist die EG-Nahrungsmittelhilfe. 500 Millionen Menschen in der Welt hungern; Millionen verhungern wie z. B. in Somalia und Kambodscha. Die Hungerhilfe der reichen Industrienationen reicht offensichtlich nicht aus.

■ EUCD-KONGRESS

Christliche Demokraten bürgen für eine Politik des Friedens in Freiheit

Die Europäische Union Christlicher Demokraten hat am 24. und 25. Juni in Lissabon unter Vorsitz ihres Präsidenten Kai Uwe von Hassel ihren XXI. Kongreß abgehalten. Gastgeber waren die regierenden Christlichen Demokraten Portugals.

Der Kongreß ist zu einem außer-gewöhnlichen Erfolg geworden. 17 Parteien hatten Delegationen mit führenden Persönlichkeiten entsandt. Eine 20köpfige CDU-Delegation stand unter Leitung ihres stellvertretenden Vorsitzenden Alfred Dregger, die CSU-Delegation wurde von Ministerpräsident a. D. Alfons Goppel geleitet.

Der Kongreß erörterte und beschloß Resolutionen zu den Themen EG-Erweiterung, Wahrung und Förderung der Menschenrechte, politische Lage im Mittelmeer.

In der Entschliebung zu den Menschenrechten, die aufgrund eines Berichts von Staatssekretär Günter Wetzel (Kiel) angenommen wurde, heißt es, daß die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten des einzelnen Voraussetzung für Sicherheit und wahren Frieden darstellen. Die Resolution beklagt die wachsende Lücke zwischen übernommenen völkerrechtlichen Verpflichtungen und der tatsächlichen Respektierung der Menschenrechte, vor allem in Osteuropa, und ruft u. a. dazu auf, auf der bevorstehenden KSZE-Konfe-

renz in Madrid für die Schließung dieser Vollzugslücke zu sorgen. An Menschenrechtsverletzungen im kommunistischen Machtbereich und in anderen Teilen der Welt sind die gleichen Maßstäbe anzulegen.

In den Entschliebungen zur EG-Erweiterung sprach sich der Kongreß einmütig für einen raschen Beitritt Portugals und Spaniens und gegen jede Politik der Verzögerung der Beitrittsverhandlungen aus. Die Haltung des Kongresses wurde vom portugiesischen Ministerpräsidenten Sa Carneiro und von Außenminister Freitas do Amaral — dem Vorsitzenden der portugiesischen Christlichen Demokraten — begrüßt und in der portugiesischen Öffentlichkeit als das herausragende Ergebnis des Kongresses empfunden.

In den Entschliebungen wird besonders herausgearbeitet, daß die EG-Erweiterung parallel mit einer Stärkung der Gemeinschaft und ihrer Institutionen gehen muß und den jetzigen Mitgliedern auch erhebliche Opfer auferlegen wird. Die Erweiterung wird jedoch gerade im Hinblick auf den Beitrag, den sie zur europäischen Sicherheit im Rahmen des westlichen Bündnisses leisten kann, bejaht.

Die Erörterung der politischen und sicherheitspolitischen Lage im Mittelmeer vollzog sich auf der Grundlage eines Berichts des Präsidenten der italienischen Christlichen Demokraten,

Außenminister a. D. Forlani. Seine Analyse wurde von Gastdelegationen der Libanesischen Christunion und des israelischen Likud vervollständigt: Für den letzteren sprach der Vizepräsident der Knesset, Meron. Alfred Dregger hob aus deutscher Sicht die Bedeutung einer Stärkung der Südostflanke der NATO und der gemäßigten Staaten am Südrand des Mittelmeers hervor.

Alfred Dregger: Sowjetische Aufrüstung ohne Beispiel

Unter anderem stellte Dregger fest: Während der Westen sich in den siebziger Jahren entspannt hat, hat die Sowjetunion eine gigantische Aufrüstung durchgeführt, für die es in Friedenszeiten kein Beispiel gibt. Diese Überrüstung der Sowjetunion hält an, insbesondere im Bereich der nuklearen Mittelstreckenraketen und im Bereich der Seerüstung, die einen rein offensiven Auftrag hat.

Die europäischen Völker können nicht erwarten, daß die USA Verteidigungslasten für sie im bisherigen Umfang weiter tragen. Dazu besteht auch objektiv kein Anlaß, da das Bruttosozialprodukt der neun Staaten der Europäischen Gemeinschaft etwa dem der Sowjetunion um das zweieinhalbfache überlegen ist.

Die Europäer haben es leider bis heute versäumt, die Europäische Gemeinschaft zu dem werden zu lassen, was ihren Gründervätern vorschwebte, nämlich zu einem Bundesstaat, der auch für die Verteidigung zuständig sein würde. Das Instrument der gemeinsamen Verteidigungsanstrengungen der europäischen Völker ist heute vor allem die NATO. Unter Berücksichtigung all dieser Umstände liegt es nahe, zwischen der Erweiterung der Europäischen Ge-

meinschaft und der Erweiterung der NATO einen inneren Zusammenhang zu sehen. Es ist daher sehr zu begrüßen, daß die spanische Regierung ihre Absicht bekundet hat, den Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft mit dem Beitritt zur NATO zu verbinden.

In der abschließenden Resolution hat der Kongreß Kriterien für eine friedliche Lösung der Probleme im Nahen Osten festgelegt und zu Überlegungen für eine Wirtschaftsgemeinschaft in diesem Teil des Mittelmeers aufgerufen. Die Entschließung fordert ferner die Unterstützung Griechenlands und der Türkei sowie der gemäßigten Länder Marokko und Tunis gegenüber Versuchen der bewaffneten Intervention und inneren Destabilisierung.

Die führende politische Kraft in Westeuropa

An diesem Kongreß der EUCD bestach das hohe Niveau der Beiträge ebenso wie die nahtlose Übereinstimmung in der Sache. Europas Christliche Demokraten haben durch ihre Zusammenarbeit heute einen Grad der politischen Übereinstimmung erreicht, der sich von den Sozialisten mit ihren Flügelkämpfen und ihrer offenen Flanke gegenüber dem Marxismus und Kommunismus in erfreulichster Weise absetzt. Auf dem Kongreß wurde deutlich, daß die christliche Demokratie, gestärkt durch zahlreiche erfolgreiche Wahlen in europäischen Ländern und den Sieg in den Europawahlen 1979, heute mehr denn je die führende politische Kraft Westeuropas darstellt und den künftigen Weg Europas für eine realistische Politik des Friedens in Freiheit verbürgt.

■ DRITTE WELT

Zwölf Millionen Menschen auf der Flucht vor dem Marxismus

Seit 1975 gibt es nach neuesten Schätzungen nahezu 13 Millionen Flüchtlinge und Entwurzelte in der Dritten Welt. Rund 95 Prozent dieser Menschen, d. h. über 12 Millionen Menschen, stammen aus sozialistischen und marxistischen Ländern; die meisten von ihnen verloren ihre Heimat im Zusammenhang mit der sowjetischen Offensive in der Dritten Welt.

Nur insgesamt 4,5 % der Flüchtlinge der letzten fünf Jahre stammen aus sogenannten kapitalistischen Entwicklungsländern. Die Menschen in der Dritten Welt fliehen in erster Linie vor dem Marxismus und nicht vor dem Kapitalismus, erklärte MdB Jürgen Todenhöfer.

Die schwerwiegendsten Beispiele für die Vertreibungspolitik marxistischer Regime in der Dritten Welt sind:

Angola	rd. 580 000 Flüchtlinge
Äthiopien	rd. 2 150 000 Flüchtlinge
Vietnam, Laos, Kambodscha	rd. 1 700 000 Flüchtlinge
Afghanistan	rd. 1 000 000 Flüchtlinge

Hinzu kommen 5,7 Millionen Menschen, sogenannte Entwurzelte, die sich in diesen Ländern vor dem kommunistischen Unterdrückungsregime auf der Flucht befinden.

Die Vertreibung und Ausrottung ganzer Bevölkerungsschichten, Konzentrationslager und die Verweigerung der einfachsten Menschenrechte sind keine

zufälligen Betriebsunfälle marxistischer Regime. Sie sind im Marxismus systemimmanent.

Wir werden mit unserer gesamten Entwicklungshilfe in den 80er und 90er Jahren auch nicht annähernd wiedergutmachen können, was der Marxismus in den letzten fünf Jahren an Zerstörungen in der Dritten Welt angerichtet hat.

Die SPD hat einen Zusammenhang zwischen dem Marxismus und dem Flüchtlingselend in der Dritten Welt bisher immer geleugnet. Sie wollte offensichtlich nicht durch eine Diskussion über die Folgen des Marxismus in der Dritten Welt bei ihrem geistigen Feldzug gegen die Ungerechtigkeiten des „Kapitalismus“ in Entwicklungsländern behindert werden.

Natürlich ist unbestreitbar, daß auch aus sogenannten kapitalistischen Entwicklungsländern Menschen fliehen. Aus dem kapitalistischen Südafrika beispielsweise sind nach jüngsten UN-Statistiken 7 000 bis 9 000 Menschen geflohen. Das sind 7 000 bis 9 000 Menschen zuviel. Wir betonen das mit allem Nachdruck. Aber es ist ein Unding, daß ausgerechnet die Regierung Angolas, die 1,3 Millionen Menschen vertrieben und entwurzelt hat, sich zum internationalen Ankläger gegen Südafrika aufschwingt.

Dieser doppelten Moral, die sich auch die SPD zu eigen gemacht hat, muß endlich ein Riegel vorgeschoben werden.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

Das sagte Franz Josef Strauß

Wer der Meinung ist, daß unsere Steuern noch zu niedrig sind, der soll SPD und FDP wählen. Wer der Meinung ist, daß der Bund noch mehr Schulden machen soll, der soll SPD/FDP wählen.

★

Wer der Meinung ist, daß der Strom aus der Steckdose und nicht von Kraftwerken kommt, der soll SPD und FDP wählen.

★

Wer der Meinung ist, daß die Russen uns besser schützen als die Amerikaner, soll SPD und FDP wählen.

★

Wer meint, daß wir in absehbarer Zeit eine neue Währung brauchen, der soll SPD und FDP wählen.

★

Wer der Meinung ist, daß wir mehr Staat brauchen, soll SPD und FDP wählen.

★

Wer der Meinung ist, daß Planwirtschaft besser ist als Soziale Marktwirtschaft, soll SPD/FDP wählen.

Wer der Meinung ist, daß Kommunisten gute Demokraten sind, im Staatsdienst zugelassen werden sollen, soll SPD und FDP wählen.

★

Wer der Meinung ist, daß die Verbindungen des Herrn Wehner nach Moskau wichtiger sind als die unseren nach Washington, der soll SPD und FDP wählen.

★

Wer der Meinung ist, daß der Wehrdienst durch einen Zivildienst ersetzt werden soll oder kann, der soll SPD und FDP wählen.

★

Wer der Meinung ist, daß der Staat besser weiß, was ihm guttut als er selber, der soll SPD und FDP wählen.

★

Wer aber anderer Meinung ist, der soll CDU und CSU wählen, und der weiß auch, warum er uns wählt. Der weiß, wofür wir stehen, und daß wir das sagen, was wir denken, daß wir das tun, was wir sagen, und daß man auf uns sich verlassen kann!

Aus der Rede auf dem CDU-Parteitag in München am 21. Juni 1980

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (02 28) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44 - 3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lühje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. **Abonnementspreis** jährlich 40,- DM. **Einzelpreis** 1,- DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UID